

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Nifringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Döbisch 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnahme beiderseits 4 Bogen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 11. September 1930

Was bedeutet Hugenberg?

Neuer Krieg - neues Elend.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Hugenberg hat dieser Tage in Potsdam erklärt, dass er im Bunde mit den Nationalsozialisten für die Rückkehr des Kaisers eintreten will, also für die Rückkehr des Mannes, der an der Entstehung des Weltkrieges die Hauptschuld trägt.

Neun Monate vor der Entlassung des Fürsten Bismarck sagte Wilhelm II. zu dem österreichischen Generalstabschef Grafen Beck, den einflussreichsten Ratgeber des Kaisers Franz Josef: "Aus welchem Grunde ihr immer mobil machen werdet, ich gehe mit Euch und kein Kanzler wird mich davon abhalten." Ein Beweis, dass der frühere Kaiser schon damals entschlossen war, den Fürsten Bismarck zu entlassen, wenn er ihn hindern würde, im Bunde mit Österreich wegen des Balkans einen Krieg mit Russland zu führen und dadurch den Weltkrieg zu entfesseln. Wenn Franz Josef dieser Anregung keine Folge gab, trotz der fortgesetzten schweren Unstimmigkeiten der Donaumonarchie mit Russland, so ist das darauf zurückzuführen, dass Franz Josef über die Abneigung des Fürsten Bismarck gegen einen solchen Krieg genau informiert war und Graf Beck, der in den Tagen von Königgrätz der intimste Berater des österreichischen Kaisers gewesen ist, die Mängel der österreichischen Wehrmacht kannte und niemals gegen den Willen des Fürsten Bismarck in einen solchen Krieg eingetreten wäre.

Am 18. Oktober 1913 abends nach dem Festessen zu Ehren des Völkerschlachtdenkmal im Gewandhaus zu Leipzig sagte Wilhelm II. zu dem österreichischen Generalstabschef Conrad von Hötzendorf: "Ich verlange von Euch, dass Ihr in zwei Tagen in Belgrad steht." Diese Äusserung war keineswegs eine Entgleisung, die auf das Festessen zurückzuführen gewesen wäre. Vielmehr begründete Wilhelm II. diese Aufforderung acht Tage später gegenüber dem österreichischen Gesandten in München nochmals eingehend. Am 18. Oktober 1913 hatte nämlich Graf Berchthold von den Serben die Zurückziehung aller serbischen Truppen aus Albanien gefordert und zwar in einem Ultimatum mit zehntägiger Frist. Das war zu der Zeit, als alle Albanien betreffenden Fragen der Botschafterkonferenz in London unterbreitet worden waren. Damals, im Jahre 1913, war noch kein österreichischer Erzherzog ermordet worden. Es lag also für die Donaumonarchie nicht die geringste Veranlassung zu einem Kriege gegen Serbien vor, das einige Quadratmeilen wertloses Gelände in Albanien besetzt hielt. Trotzdem setzte Wilhelm II. Österreich unter Druck. Ein Zeichen, dass er den Krieg unter allen Umständen wollte und ihm die 8 Monate später erfolgte Ermordung Franz Ferdinands nur als Vorwand zur Verwirklichung eines Zieles diente, auf das er seit Monaten bewusst hingesteuert war. Heute weiss alle Welt, dass der frühere Kaiser geradezu eine Vorliebe für einen Krieg der Donaumonarchie gegen Serbien besass und die 1914 massgebenden Persönlichkeiten des Reiches hauptsächlich dieser Vorliebe wegen alle Vermittlungsvorschläge von Petersburg ablehnten. So schlitterten wir in den Krieg hinein. Millionen mussten in den Tod gehen, weil ein unfähiger und grössenwahnsinniger Mann an der Spitze des Reiches die wirkliche Lage Europas

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Müllringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Telegraphische Anschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 11. September 1930

Was bedeutet Hugenberg?

Neuer Krieg - neues Elend.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Hugenberg hat dieser Tage in Potsdam erklärt, dass er im Bunde mit den Nationalsozialisten für die Rückkehr des Kaisers eintreten will, also für die Rückkehr des Mannes, der an der Entstehung des Weltkrieges die Hauptschuld trägt.

Neun Monate vor der Entlassung des Fürsten Bismarck sagte Wilhelm II. zu dem österreichischen Generalstabschef Grafen Beck, den einflussreichsten Ratgeber des Kaisers Franz Josef: "Aus welchem Grunde ihr immer mobil machen werdet, ich gehe mit Euch und kein Kanzler wird mich davon abhalten." Ein Beweis, dass der frühere Kaiser schon damals entschlossen war, den Fürsten Bismarck zu entlassen, wenn er ihn hindern würde, im Bunde mit Österreich wegen des Balkans einen Krieg mit Russland zu führen und dadurch den Weltkrieg zu entfesseln. Wenn Franz Josef dieser Anregung keine Folge gab, trotz der fortgesetzten schweren Unstimmigkeiten der Donaumonarchie mit Russland, so ist das darauf zurückzuführen, dass Franz Josef über die Abneigung des Fürsten Bismarck gegen einen solchen Krieg genau informiert war und Graf Beck, der in den Tagen von Königgrätz der intimste Berater des österreichischen Kaisers gewesen ist, die Mängel der österreichischen Wehrmacht kannte und niemals gegen den Willen des Fürsten Bismarck in einen solchen Krieg eingetreten wäre.

Am 18. Oktober 1913 abends nach dem Festessen zu Ehren des Völkerschlachtdenkmal im Gewandhaus zu Leipzig sagte Wilhelm II. zu dem österreichischen Generalstabschef Conrad von Hötzendorf: "Ich verlange von Euch, dass Ihr in zwei Tagen in Belgrad steht." Diese Äusserung war keineswegs eine Entgleisung, die auf das Festessen zurückzuführen gewesen wäre. Vielmehr begründete Wilhelm II. diese Aufforderung acht Tage später gegenüber dem österreichischen Gesandten in München nochmals eingehend. Am 18. Oktober 1913 hatte nämlich Graf Berchtold von den Serben die Zurückziehung aller serbischen Truppen aus Albanien gefordert und zwar in einem Ultimatum mit zehntägiger Frist. Das war zu der Zeit, als alle Albanien betreffenden Fragen der Botschafterkonferenz in London unterbreitet worden waren. Damals, im Jahre 1913, war noch kein österreichischer Erzherzog ermordet worden. Es lag also für die Donaumonarchie nicht die geringste Veranlassung zu einem Kriege gegen Serbien vor, das einige Quadratmeilen wertloses Gelände in Albanien besetzt hielt. Trotzdem setzte Wilhelm II. Österreich unter Druck. Ein Zeichen, dass er den Krieg unter allen Umständen wollte und ihm die 8 Monate später erfolgte Ermordung Franz Ferdinands nur als Vorwand zur Verwirklichung eines Zieles diente, auf das er seit Monaten bewusst hingesteuert war. Heute weiss alle Welt, dass der frühere Kaiser geradezu eine Vorliebe für einen Krieg der Donaumonarchie gegen Serbien besass und die 1914 massgebenden Persönlichkeiten des Reiches hauptsächlich dieser Vorliebe wegen alle Vermittlungsvorschläge von Petersburg ablehnten. So schlitterten wir in den Krieg hinein. Millionen mussten in den Tod gehen, weil ein unfähiger und grössenwahnsinniger Mann an der Spitze des Reiches die wirkliche Lage Europas

unterschätzte und glaubte, "sein Volk" gegen eine Welt von Feinden führen zu können.

Die Folgen des grossen "Blutbades" sind im einzelnen bekannt. Millionen mussten sterben, Millionen bluten, Millionen kehrten als Krüppel zurück. Dennoch offerierte Hugenberg der Wählerschaft in Potsdam den Hauptschuldigen an der grossen Katastrophe, Herrn Wilhelm von Doorn, als künftigen Kaiser. Er scheut sich nicht, dieser Absicht offen Ausdruck zu geben, obwohl er weiss, dass die Mutter Wilhelms schon Anfang der 90iger Jahre zu der Schwiegermutter des Fürsten Bülow in Palermo gesagt hat, dass ihr Sohn das Deutsche Reich ruinieren werde, und Hohenlohe schon in den Jahren 1897 und 1898 wiederholt dem Grafen Bülow gegenüber seine Besorgnis äusserte, dass Wilhelm II. nicht richtig im Kopfe sei.

Wiederkehren wird Wilhelm von Doorn nie. Aber aus der Gesinnung, die aus der Forderung Hugenbergs nach der Rückkehr des früheren Kaisers als Monarch hervorgeht, ergibt sich, welche tieferen Ziele die Deutschnationale Partei verfolgt: Sie will die Monarchie mit Wilhelm II., weil sie einen neuen Krieg will einen Krieg mit all seinen Schrecken und seinem Elend für das Volk und unser Land.

SPD. Der Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei ist so tiefgehend wie der Gegensatz zwischen der freien Staatsform der Demokratie und dem Zarismus!

Die Sozialdemokratie ist die mächtige Partei der Freiheit. Sie ist die Erbin der Ideale der grossen Freiheitskämpfer aller Zeiten. Auf ihren Fahnen steht geschrieben: Freiheit und Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt!

Der Kommunismus russischer Prägung, wie ihn die kommunistischen Parteien aller Länder vertreten, ist der Erbe der grausamsten Unterdrückungsmethoden aus der Zeit des Zarismus. Unfreiheit und Knechtschaft - das ist das Los, das er dort über die Menschen bringt, wo er zur Herrschaft gelangt!

Die Sozialdemokratie will die Gemeinschaft gleich Gesinnter, der Kommunismus die Gemeinschaft gleich Geknechteter!

Der Kommunismus hat das sozialistische Ideal geschändet, er hat die Menschenwürde erniedrigt, er hat den Gedanken der Humanität im Blutsumpf des Terrors erstickt!

Tief beugen die russischen Arbeiter und Bauern ihr Haupt unter der Knute der Diktatur, unter den Drohungen der GPU, unter dem Eindruck unaufhörlicher Massenerschiessungen.

Das ist die wahre Freiheit nicht, das ist nicht Sozialismus, das ist Barbarei, die Jahrzehnte sozialdemokratischer Kulturarbeit vernichten will!

Wir wollen nicht einen entarteten Sozialismus, der ein Massenzuchthaus errichtet! Wir wollen eine sozialistische Gesellschaft der Freien und Gleichen

Wir wollen den Sozialismus errichten nicht auf Gewalt, auf Lüge und Blut, wir wollen ihn aufbauen auf dem freien festen Willen, der aus Erkenntnis erwächst!

Für uns sind die Massen der Arbeiterschaft nicht Herdentiere, sondern die Träger der neuen Kultur!

Wir wollen befreien, nicht unterdrücken!

Gegen Terror und Diktatur - für den freien Willen des Volkes!

Fort mit dem Zerrbild einer sozialistischen Partei, das die KPD dar-
bietet!

Für die Partei der Freiheit, für die Sozialdemokratische Partei!

SPD. Paris, 11. September (Eig. Drahtb.)

Das Departement Nord-Annam (Indochina) befindet sich nach einer im französischen Kolonialministerium eingetroffenen Meldung wieder in Aufstand. Besonders unruhig sind die Provinzen Vinh und Ne-Tinh, in denen es im vergangenen März bereits zu schweren Zusammenstößen gekommen ist.

Am 7. und 8. September kam es in Do Loung zu grossen Demonstrationen, die von der Polizei ohne grössere Mühe zerstreut werden konnten. Am 9. September nahmen die Ereignisse eine schlimmere Wendung. Etwa 300 Demonstranten drangen - wie es in der amtlichen Verlautbarung heisst - in das Städtchen Sam-Xuyen ein und leisteten der Aufforderung zur sofortigen Übergabe der Waffen offenen Widerstand. Daraufhin wurde Befehl erteilt, eine Schrecksalve in die Luft abzugeben. Nachdem auch das nichts nützte, wurde scharf gefeuert. Als Folge verzeichnet der amtliche Bericht vier Tote und vier Schwerverletzte.

SPD. Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, dass der bekannte Kommunist Münzenberg bei dem Berliner Privatbankhaus Bett, Simon & Co. J.G. Farben-Aktien im Gesamtwert von 70 000 Mark hinterlegt hat. Das Konto ist nicht zu verwechseln mit dem Konto der "Roten Hilfe", das bei dem genannten Bankhaus gesondert geführt wird.

SPD. Genf, 11. September (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag-Vormittag sprach Briand vor der Vollversammlung des Völkerbundes über die Vereinigten Staaten von Europa. Die Rede war ein ausserordentlich geschickter Rückzug Briands vor dem englischen Standpunkt.

Briand, mit stürmischem Beifall begrüsst, stellte sich in seiner doppelten Eigenschaft vor als Vertreter Frankreichs und Überbringer einer Mitteilung der europäischen Staaten. Der Anfang seiner Rede war ein starkes Bekenntnis zum Völkerbund, der die Zeiten des Spottes und der Enttäuschung überwunden habe und heute die Tribüne der Welt sei. Unter starkem Beifall betonte er, dass das Werk der Abrüstung sich gleichmässig vollziehen müsse unter dem Gesichtspunkt allgemeiner Sicherheit, sonst bestände die Gefahr, dass die vertrauensvollen Völker leicht die Opfer der weniger vertrauenden werden könnten, ehe es zu einem greifbaren Ergebnis komme: Frankreich ist augenblicklich - so fuhr Briand wörtlich fort - in Verhandlungen mit Italien, um den Anschluss an den Londoner Flottenvertrag zu erreichen. Es gibt Ungeduldige, die eine schnellere Behandlung verlangen. Ich persönlich sage, dass ich einstehe gegen jede Krieg. Nun habe ich die grosse Verantwortung für eine Mitteilung, an der ich keinen persönlichen Erfolg als Redner suche. Sie erinnern sich an meine Mitteilungen über Europa. Ich habe immer betont, dass nichts, wenn nicht im Rahmen des Völkerbundes, geschehen soll. Die Idee ist dem Völkerbund spontan entsprungen. Sie ist logisch, sie gehört zu den Notwendigkeiten des Friedens. Die wirtschaftlichen Verwüstungen des Krieges sind noch weit von ihrer Heilung. Die Völker müssen sich organisieren. Nach längerer Aussprache haben es 27 Staaten ausgesprochen, dass die Europäische Union ein grosser Fortschritt zum Frieden sei. Alle Regierungen haben geantwortet, und ich danke Ihnen für Ihre wertvollen Anregungen. Mit Befriedigung habe ich daraus gesehen, dass eigentlich eine günstige Stimmung für die Idee in allen Staaten aufrechterhalten wurde.

Der Zusammenschluss Europas bedeutet für den Völkerbund eine Erleichterung, aber der Völkerbund ist eine Weltorganisation, die oft zu gross ist, besondere Probleme zwischen den Völkern eines Erdteils behandeln zu können. In Amerika haben mir bedeutende Männer gesagt, dass sie kein Interesse daran hätten, Europa weiter in Unordnung zu sehen. Vor allem zeigt die praktische Überlegung, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein Problem der ganzen Welt sind und eine neue Gefahr für den Ausbruch von Kriegen. 27 Nationen haben

erklärt, dass sie für die Schaffung der Union sind. Wir sind vor uns selbst moralisch verpflichtet, dieses Ziel zu erreichen. Der Völkerbund kann nur dazu sagen: Voran, geht hinauf, diese Idee zu pflegen. (Stürmischer Beifall aller Tribünen und der Versammlung.)

Die Nachmittagssitzung des Völkerbundes wurde völlig beherrscht von der ungewöhnlich offenen Rede des englischen Aussenministers Henderson, die in vielen Punkten an die grosse Abrüstungsrede Hermann Müllers vor 2 Jahren erinnerte. Henderson sprach mit einer inneren Überzeugung und Kraft, die die Versammlung mehrfach zu stärksten Beifallskundgebungen hinriss.

Henderson begann mit einer Verherrlichung Stresemanns, den er einen grossen Diplomaten und Staatsmann nannte und setzte sich dann mit dem Europaplan auseinander. Die Entschliessung der 27 Staaten besage, dass die Zusammenarbeit für den Frieden nötig sei. Das sei eine Erklärung, die keine Regierung zurückweisen könne. Die englische Antwort an Briand habe das schon ausgesprochen. Das Verlangen der Verwirklichung müsse aber vor der Anwendung von der Versammlung angenommen werden. Jede Handlung der Europaunion müsse vom Völkerbund genehmigt werden. Die höchste Verpflichtung müsse dem Völkerbund gegenüber bleiben. Zwei Punkte also müssten gewahrt sein: "der endgültige Plan muss völlig mit den internationalen Verpflichtungen des Völkerbundes übereinstimmen und muss die Abrüstungsaufsicht des Völkerbundes erleichtern." Die wirtschaftliche Arbeit in Europa könne nur auf eine internationale Basis gestellt werden. Die Ereignisse der letzten Monate hätten bewiesen, dass die Welt eine wirtschaftliche Einheit sei. Eine nationale Wirtschaft sei für sich allein unfähig, die Ursachen der Weltdepression zu überwinden, daher müsse auch die wirtschaftliche Arbeit unter die unbedingte Oberhoheit des Völkerbundes gestellt werden. England hoffe, dass die Verträge, die vom Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen seien, angenommen werden. Dann müsse ein Fortschritt auf wirtschaftlichem Gebiete erzielt werden, der der ganzen Welt zugute komme.

Henderson sprach sich dann für die Annahme des Mehrheitsberichtes für die Sekretariatsreform aus. "Wir hoffen, - so fuhr er fort - dass bis zum nächsten Jahr auch die obligatorische Schiedsgerichtsklausel von allen Staaten angenommen sein wird. Da der Kellogg-Pakt von so vielen Staaten angenommen wurde, sind wir der Ansicht, dass er in die Statuten des Völkerbundes hineingearbeitet werden muss. Wir haben auch die Generalakte mit allen Dominions angenommen und im September wird die Reichskonferenz von neuem untersuchen, welche Beiträge sie zur Abrüstung leisten kann. Ein Vertrag zur finanziellen Unterstützung in Kriegsfällen wird von uns als ein besonders gutes Mittel angesehen, den Krieg zu verhindern. Unsere Zustimmung geben wir schon heute dazu, aber unter der Bedingung, dass ein allgemeiner Vertrag zur Rückführung der Rüstungen abgeschlossen werde. Sicherheit ist unmöglich, wenn grosse militärische Vorbereitungen so weiter wie zurzeit fortgesetzt werden. (Starker Beifall) Wenn wir neue Verträge annehmen, müssen wir uns aber sagen, dass sie nur wirken können, wenn auf der anderen Seite die Abrüstung aufgehört hat, nur eine Phrase zu sein und eine Realität geworden ist. Von allen Sicherheitsmassnahmen ist die Abrüstung die wichtigste. Wir können den Zweck nie erfüllen, zu dem der Völkerbund gegründet wurde, wenn wir nicht die allgemeine Abrüstung durch internationale Verständigung erreichen. Deshalb wurde im Artikel 8 die Verpflichtung zur Abrüstung aufgenommen. Diese Verpflichtung ist in 11 Jahren nicht geachtet worden. Und gerade diese Abrüstungsbestimmung der Friedensverträge ist nicht weniger heilig für die anderen Bestimmungen dieser Verträge. Seit der feierlichen Erklärung der Abrüstung vor 2 Jahren ist die Zeit hingegangen und wir haben keine allgemeinen Abkommen. Die Vorbereitende Abrüstungskommission muss im November mit grösster Energie ihre Arbeit beenden. Jede Regierung sollte ihre Delegierten dazu mit Instruktionen versehen, dass ein endgültiger Erfolg gesehen wird. Ein vorläufiger Erfolg war der Londoner Flottenvertrag. Die englische Flotte konnte stark vermindert, die Aufträge für Neubauten konnten bis zum Jahre 1926 eingestellt werden, und ich hoffe, dass überhaupt kein sol-

ches Kriegsmonstrum, wie ein Linienschiff, mehr gebaut zu werden braucht. Die Abrüstung einzelner Staaten erfüllt nicht die Verpflichtung, die die Verträge auferlegen. Die Zeit für praktische Erfolge ist nun nach 10 Jahren gekommen. Wir hoffen, dass die Abrüstungskommission ihre Arbeit dahin beenden wird."

"Endlich - so schloss Henderson - erwarten wir, dass die allgemeine Abrüstungskonferenz der Welt im nächsten Jahr ihre Arbeit aufnehmen kann. Die Abrüstung ist die vitalste und dringendste aller politischen Weltfragen. Wir sind hier die Wächter des Weltfriedens und haben die Pflicht, den nächsten Krieg nicht nur für uns, sondern für unsere Kinder und Kindeskiner zu verhindern, der unendlich furchtbarer sein würde als der letzte. Ich appelliere an alle Delegierten, sich zu vereinigen zu einer starken gemeinsamen Anstrengung, um die grosse Bestimmung des Völkerbundes zu erfüllen."

SPD. Warschau, 11. September (Eig. Drahtb)

In der Warschauer Sowjet-Gesandtschaft wurde am Donnerstag in aller Frühe wieder ein Sprengkörper gefunden. Es handelte sich um ein Artilleriegeschoss, das mit dem Zünder gegen die Eingangstür gelegt war. Anscheinend lag es in der Absicht der Täter, das Geschoss durch das Öffnen der Tür zur Explosion zu bringen.

SPD. Magdeburg, 11. September (Eig. Drahtb)

Den Manövern des Infanterie-Regiments 12 bei Magdeburg wohnte als ausländischer Gast u. a. der chinesische General Yang von der Nanking-Regierung bei. General Yang, der sich u. a. auch ökonomischen und wirtschaftlichen Aufgaben widmet, hält sich zum ersten Male in Deutschland auf. Er hat verschiedene Industrieunternehmungen und landwirtschaftliche Betriebe besichtigt und auch Maschinenkäufe für China getätigt. Ein Vertreter der Magdeburger "Volksstimme" hat General Yang interviewt.

Yang begrüßte es, dass sich eine sozialdemokratische Zeitung als erste veranlasst gesehen hat, ihn über die Lage in China zu befragen. "Denn - sagte er - auch die Kuomintang ist ja eine sozialistische Bewegung, die sich mit der Sozialdemokratie sehr verbunden fühlt. Früher waren auch die Kommunisten unsere Freunde, aber als wir sahen, dass sie es nur darauf abgesehen hatten, ihre für China undurchführbaren und unerträglichen Sowjetisierungspläne durchzuführen, haben wir sie ausgeschlossen. Die Kuomintang regiert durch ein aus ihren Reihen gewähltes Komitee nach dem festgelegten Programm, und zwar sind in diesem Programm drei Zeiten vorgesehen, in denen sich die Entwicklung Chinas zu einem demokratischen modernen Kulturstaat vollziehen soll: 1) die Militärzeit, in der die Befriedung des Reiches durchgeführt werden soll. Mit Hilfe einer grossen Truppenmacht geht der Kampf in erster Linie gegen den Generalismus. Erreicht werden soll die Wiederherstellung völliger Ruhe und Ordnung. Gegen alle Ruhestörer wird rücksichtslos vorgegangen. 2) die Bildungszeit. Auf beschleunigtem Wege soll dem chinesischen Volke, das jahrtausendlang geschlafen hat, eine Bildung vermittelt werden, die es ihm ermöglicht, den Anschluss an die übrige Welt zu finden und den anderen Staaten selbständig und gleichwertig gegenüberzustehen. 3) die Verfassungszeit. Wenn das chinesische Volk so selbständig geworden ist, dass es unbeschadet seiner allgemeinen Entwicklung Parteien bilden kann, wird ihm die Kuomintang eine Verfassung vorlegen und selbst von der Regierung zurücktreten."

"Die einzelnen Zeiten sind natürlich - so fuhr Yang fort - nicht zu scharf gegeneinander abgegrenzt, sondern gehen ineinander über. So hat die Volksbildungszeit schon jetzt erfolgreich begonnen, trotzdem die Militärzeit noch nicht abgeschlossen ist. China muss natürlich sehr viel Soldaten haben,

die alle uniformiert und bewaffnet sind. Nach der Befriedung des Landes soll ihre Zahl reduziert werden. Man beabsichtigt die allgemeine Dienstpflicht einzuführen, um ständig ein Heer in Stärke von rund 600 000 Mann zur Verfügung zu haben, das allerdings nur auf die Verteidigung der weiten Ländergrenzen eingestellt werden soll."

"Wir bedauern - sagte Yang zum Schluss - dass man in Deutschland so wenig vom neuen China weiss. Aber die Zukunft wird hoffentlich zeigen, dass eine Freundschaft für beide Staaten von grossem Vorteil sein wird."

SPD. Wiesbaden, 11. September (Eig. Dr.)

Der Polizeipräsident von Wiesbaden hat Sammel- bzw. Auf- und Umzüge der nationalsozialistischen Partei mit Kraftfahrzeugen und Fuhrwerken bis auf weiteres verboten. In der betreffenden Verfügung heisst es :

"In letzter Zeit sind bei der Durchsuchung von Lastkraftwagen, die von Nationalsozialisten besetzt waren und zu Umzügen oder Sammeltransporten benutzt wurden, in verschiedenen Fällen verbotene Waffen, zum Teil in ganz erheblicher Anzahl, gefunden worden. Keiner der Wageninsassen wollte sich als Besitzer der Waffen bekennen. Es ist deshalb der Polizei nur dadurch möglich, das Mitführen von Waffen in Fahrzeugen und die dadurch drohende unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu verhindern, dass solche Sammeltransporte und Umzüge mittels Kraftfahrzeugen und Fuhrwerken verboten werden. Auf Grund des Allgemeinen Landrechts in Verbindung mit Artikel 123 Absatz 2 der Reichsverfassung verbiete ich deshalb der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihren Nebenorganisationen wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit, Sammeltransporte oder Auf- und Umzüge mittels Kraftfahrzeugen und Fuhrwerken im Polizeibezirk Wiesbaden vorzunehmen. Da die Verfügung nicht ohne Nachteile für das Gemeinwesen ausgesetzt werden kann, wird sie auch dann zur Durchführung gebracht werden, wenn sie mit Beschwerde oder Klage angefochten wird."

SPD. Die Deutsche Volkspartei beruft sich in ihrer Wahlagitation bei jeder Gelegenheit auf Stresemann. Diese Methode der Wahlagitation zeigt, dass die Volkspartei ihrer Organisation und ihrer Politik selbst keine besondere Zü- kraft mehr zutraut. Ist es verwunderlich? Der Drang von der Mitte nach rechts, die Verleugnung ihres einstigen Führers in der praktischen Politik mussten sich rächen. Wie - wird der 14. September zeigen.

Vor allem die Anbiederung der Volkspartei an die Deutschnationalen würde Stresemann nie mitgemacht haben. Sie findet ihren Ausdruck darin, dass die Partei des Herrn Scholz der Aussenpolitik ihres grossen Führers heute fast ebenso feindlich gegenübersteht wie Hugenberg. Schon deshalb ist die Berufung der Volkspartei auf Stresemann unberechtigt und unwahrhaftig. Dass dem so ist, zeigt folgender Brief, den Stresemann am 20. Mai 1928 an den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Breitscheid geschrieben hat :

"Sehr verehrter Herr Breitscheid!

Sie haben in Mainz an mich eine Frage gerichtet, die ich während der Wahlzeit zu beantworten versprach. Da ich seit dem 8. Mai bettlägerig bin, könnte ich das in öffentlicher Versammlung nicht tun. Bevor das Resultat der Wahlen bekannt ist, möchte ich Ihnen erklären, dass ich eine erfolgreiche Aussenpolitik mit den Deutschnationalen nicht mehr für möglich erachte. Ich würde jedenfalls nicht mehr Minister einer Koalition mit der Deutsch-Nationalen Partei sein.

Vielen Dank für Ihre Geburtstagsgrüsse.

Ihr

Stresemann."

Durch dieses Vermächtnis Stresemanns wird die Berufung der Volkspartei auf ihren toten Führer als das gekennzeichnet was sie ist: Wahldemagogie! Die Politik der Volkspartei seit dem Tode Stresemanns ist ein einziger Ver-
stoss gegen sein obiges Vermächtnis.

SPD. Essen, 11. September (Eig. Drahtb.)

Am Mittwoch Abend wurde der Student Hein Oettling von unbekanntem Bur-schen durch einen Messerstich in die rechte Brustseite getötet. Oettling hatte an einer Veranstaltung der Nationalsozialisten teilgenommen und trug, als er den Heimweg antrat, das Hakenkreuz. Es sind Anhaltspunkte dafür vorhanden, dass Kommunisten die Täter sind.

Anm.f.d.Red.: Der heutigen Ausgabe unseres Dienstes liegen die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 (Vergleichsziffern zum 14. September) und die Kandidatenlisten der SPD in den Wahlkreisen mit dem Verzeichnis der Kandidaten bei, die voraussichtlich gewählt werden. Eventuelle Ergänzungen bzw. Änderungen werden wir am Montag morgen durch den Funkdienst mitteilen.

Der Wahl-Sonderdienst des SPD, der auf Welle 2850 übermittelt wird, be-ginnt am Sonntag abend um 7.15 Uhr und endet mit der Übermittlung der vorläu-figen Ergebnisse aus den einzelnen Wahlkreisen, Gesendet wird jeweils in der zweiten und letzten Viertelstunde jeder Stunde.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Boycott gegen SPD-Plakate.

Gebt am 14. September die Antwort: Wählt Liste 1.

SPD. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich bestrebt, ihre Wahlagitation in möglichst weite Kreise zu tragen. So hat sie auch versucht, in ganz Deutschland an allen Anschlagstellen eines ihrer Plakate ankleben zu lassen, um die Propaganda der örtlichen Organisationen zu unterstützen. Während dieser Anschlag in Grosstädten und Orten mit Arbeiterbevölkerung ohne Reibungen durchgeführt werden konnte, zeigte sich in manchen kleinen Landgemeinden ein unglaublicher Boycott. Selbst bereits angenommene und bestätigte Aufträge wurden annulliert. Oft teilten die Anschlagstellen erst mehrere Wochen nach der Auftragserteilung mit, dass die Anschlagssäulen "bereits besetzt" seien. In vielen Fällen wurde auch garnicht geantwortet.

Aus Heimenkirch (Lindau) traf z.B. folgende Antwort der zuständigen Anschlagstelle ein: "Wir empfangen 6 Plakate und finden, dass es sich um Wahlplakate der SPD handelt... Wir sind daher gezwungen, die Ausführung Ihres Auftrages vom 14. August abzulehnen und ziehen unsere Zusage zum Anschlag von Wahlplakaten hiermit zurück."

Der Pächter der Eltviller Anschlagstellen begründete die Ablehnung mit "Platzmangel" und erklärte, dass "auswärtige Parteien nicht berücksichtigt werden können".

In Ismaning/Bayern wurde die Unterlassung damit "begründet", dass der Anschlag "infolge Krankheit des Plakatierers nicht zur Ausführung kommen kann".

Der Anschlagunternehmer in Halbau (Görlitz) lehnte den Anschlag ab, "um Verärgerung anderer Parteien zu vermeiden".

Die Anschlagstellen in Bansin und Plön hatten den Auftrag zum Plakatieren bereits angenommen und die Plakate erhalten, als sie wenige Tage vor der Wahl mitteilten, dass die Durchführung der Aufträge nicht möglich sei, da "in beiden Ortschaften unvorhergesehene Schwierigkeiten aufgetreten sind".

Aus Bützow i/Mecklenburg teilte der dortige Anschläger mit, "dass ich diesen Auftrag zu meinem Bedauern aus wirtschaftlichen Gründen nicht ausführen kann."

Das Greizer Anschlagsinstitut erklärt: "Wir bedauern, Ihren Auftrag betreffend Anschlag von Wahlplakaten nicht ausführen zu können, da in unserem Verlag ein rechtsstehendes Blatt erscheint."

Aus Liebenstein in Thüringen schreibt die Anschlagfirma: "Wahlplakate der SPD bedauere ich nicht ausführen zu können, da ich Anschläge der Linksparteien gegen meine Überzeugung nicht ausführe."

Das Tollste leistete sich die Anschlagfirma in Crossen/Oder, die auf eine Reklamation hin antwortete:

"Ihre Ansicht, dass unsere Säulen und Tafeln nur einzelnen Parteien zur Verfügung stehen, ist völlig unrichtig. Wir stellen genau so, wie den Anzeigenteil unseres bürgerlich-National eingestellten Blattes, auch unsere Anschlagssäulen und Tafeln jeder Partei zur Verfügung, solange sich die betreffende Partei bemüht, alles Hetzerische in ihrer Propaganda zu unterlassen. Zum Beweise dafür diene Ihnen, dass in unserem "Crossener Tageblatt" wiederholt Wahlanzeigen der Kommunistischen Partei veröffentlicht wurden. Wir haben die Inserate bedenkenlos aufgenommen, weil sie jede Aufreizung zum Klassenhass vermieden. In dem Plakat der SPD dagegen erblicken wir eine unsachlich und hetzerische Propaganda deshalb, weil bildlich zur Zerschlagung des Bürgerblocks aufgefordert wird. Wir haben uns deshalb zur Ablehnung des Anschlages entschieden."

Das angeblich "hetzerische" Plakat zeigt einen Arbeiter mit der als Ramme geschwungenen Eins, die auf einen mit dem Hakenkreuz plombierten Geldsack niedersaust. Der Text lautet: "Liste 1 gegen Bürgerblock und Hakenkreuz".

Die Beispiele zeigen, wie die Verwalter der angeblich jedermann zur Ver-

fügung stehenden Plakatsäulen in der niederträchtigsten Weise versuchten, die Propaganda der Sozialdemokratie zu sabotieren, um den Interessen der bürgerlichen Parteien Vorschub zu leisten. Auf diese Unverschämtheit gibt es zunächst nur die eine Antwort: Nun erst recht für Liste 1 zu werben. Die andere wird darin bestehen, dass jeweils örtlich festgestellt wird, inwieweit die Mieter der Plakatsäulen gegen ihren Vertrag verstossen haben und dann in der gebührenden Form gegen sie vorgegangen wird!

Der Nazi-Kandidat "vor dem Feinde".

"Eine Heldengestalt in schlotternden Hosen".

SPD. In Hannover kandidiert für die Nationalsozialisten ein ehemaliger Studienrat Rust. Er unterscheidet sich von den anderen Grossmäulern der Nazis, als da sind Goebbels, der "abgefeimte Lügner", Frick, der Putschist und Hochverräter und wie sie alle heissen, dass er den Krieg nicht ganz in der Heimat erlebte. Er war zeitweise draussen, und diente seinem Kaiser und König mit einer grossen Portion Angst in der Hose. Also wie viele der Schreier, die sich heute nach einem neuen "Blutbad" sehnen. Von der Heldengestalt des Herrn Rust gibt einer seiner ehemaligen Untergebenen, ein Unteroffizier, im Hannoverschen "Volkswillen" ein Portrait, dem wir folgendes entnehmen:

"Vor einigen Tagen sah ich ein Plakat der Partei des "Dritten Reiches", auf dem einige der führenden Nazis abgebildet waren. Zu meinem Erstaunen musste ich in dem Bild von Bernhard Rust meinen früheren Kompagnieführer wiedererkennen, mit dem ich 1914 zum Heeresdienst eingezogen wurde. Er kam damals als Führer des zweiten Zuges zur Kompagnie Gräsemann. Wir waren alles Landwehrleute 1. Aufgebots und kamen Mitte August ins Feld, und zwar in die Nähe des Delmer Rücken. Unser Kompanieführer Gräsemann war ein aktiver Leutnant des Regiments 79 aus Hildesheim, der sich sehr vorteilhaft von vielen anderen Offizieren unterschied. Die Kompanie schätzte und ehrte ihn sehr.

Rust soll vor ein Kriegsgericht.

Eines Tages sollte eine Offizierpatrouille entsandt werden. Leutnant Rust wurde zum Führer bestimmt. Schon in der Nacht kam Rust ohne seine Leute zurück. Er war offenbar der Überzeugung, dass die Patrouille ohne seine Führung mehr erreichen könne als mit ihm. Ich selber hörte, wie der Kompanieführer Gräsemann über diese Feigheit erregt zu Rust sagte: "Ich werde Sie vor ein Kriegsgericht stellen lassen." Erst am Mittag des anderen Tages kamen die übrigen Teilnehmer der sonderbaren Patrouille und mussten mitteilen, dass sie von Rust nicht gegen den Kriegsgegner, sondern gegen einen bayerischen Truppenteil geführt worden sind. Ob Rust dort ein gutes Fässle bayerisch Bier gesucht hat oder ob er Angst vor den Kugeln der Gegner hatte, konnten wir nie erfahren.

Am 6. September hatte unser Bataillon die Aufgabe, Kameraden im Champinowald abzulösen. Am 9. September kamen wir ins Gefecht. Leutnant Rust lag mit dem 2. Zug der Kompanie in Reserve. Er hatte Befehl, zur Verstärkung einzuschwärmen. In diesem Gefecht wurde der Kompanieführer Gräsemann schwer verwundet und musste zurückgebracht werden. Vergebens warteten wir lange Zeit auf die dringend notwendige Verstärkung durch Rust. Dieser famose Zugführer hatte sorgfältigerweise die Verbindung mit uns verloren. Er hatte aber nicht mit unserem tüchtigen Feldwebel gerechnet, der von sich aus die Verbindung aufnahm. Er traf Rust hinter einem dicken Baum stehend an und wurde angeschnauzt: "Feldwebel, wie können Sie durch dieses Gestrüpp, wo Schrapnells und Querschläger fliegen, den Zug führen!" Rust wäre also lieber hinter seinem Baum stehen geblieben und hätte seine Kameraden vorne in aller Seelenruhe nach Strich und Faden zusammenhauen lassen. Nur dem tatkräftigen Eingreifen des Feldwebels Müller, der dem Befehl des tapferen Rust entgegenhandelte, war es zu verdan-

ken, dass der Waldrand gehalten wurde.

Durch die schwere Verwundung unseres Kompanieführers musste Rust als ältester Offizier den Befehl der Kompanie übernehmen. Wir hatten den Auftrag, auf alle Fälle den Waldrand zu halten. Durch vollkommen falsche Führung des Helden Rust kamen wir über den Waldrand hinaus und wurden von unserer eigenen Artillerie beschossen, so dass wir nicht mehr wussten, wohin wir sollten. Rust in seiner Fassungslosigkeit gab den Befehl: "Zurück, marsch, marsch!" wodurch unsere Kompanie natürlich den Franzosen ein gutes Ziel bot, das von der gegnerischen Artillerie auch weidlich ausgenutzt wurde. Panikartig flüchtete alles zurück, ohne jede Führung, immer von den Schrapnells verfolgt. Wieder war es der kleine Feldwebel Müller, der gegen den Willen des Helden Rust die Kompanie rettete. Er musste geradezu im Interesse der Kameraden meutern, indem er mit energischer Stimme rief: "Die Kompanie hört jetzt nur noch auf mein Kommando!" Er gab den Befehl zum Sammeln, und wir mussten da zu unserer Überraschung feststellen, dass der Held Bernhardt Rust, jetziger Gauführer der Nazi in Niedersachsen, überhaupt nicht mehr zu finden war. Weiss der Teufel, wo er - in solchen Dingen war er immer sehr instinktsicher - eine gefahrlose Dekkungsmöglichkeit gefunden hatte! Nach 5 Stunden erst kam der famose Leutnant langsam angetrottet, als Feldwebel Müller die ganze Sache schon längst geklärt hatte."

Die Belohnung für die "Tapferkeit" des Herrn Rust "vor dem Feinde" blieb natürlich nicht aus: Er erhielt für seine Drückebergerei das Eiserne Kreuz. Seinem dreijährigen Sohn machte er von dem Ereignis wie folgt Mitteilung: "Heute unter dem Donner der Geschütze das Eiserne Kreuz erhalten. Dein Heldenvater."

Heldenvaters Weihnachtsstreich.

"Wir hatten lange nicht - so heisst es in der Schilderung des Unteroffiziers weiter - so gelacht, wie an diesem Abend über unseren Heldenpapa Rust. In derselben Stellung, in der Rust zum Heldenvater avancierte, verlebten wir auch den Heiligen Abend. Es waren keine frohen Gedanken, die uns an diesem eigentümlichen Friedensfest bewegten. Lustig war nur Heldenpapa Rust, der sich an diesem Abend besoff. Als das Mass - man kann ja auch Gurgel sagen - voll war alarmierte dieser "gewissenhafte" Führer eine Patrouille zur Sicherung. Hierzu nahm er auch den Hornisten Sauer mit. Es dauerte nicht lange, da hörten wir, wie Sauer auf Befehl des Führers mit voller Lungenkraft "Das ganze Halt!" blasen musste. So geschehen in der Nacht des Heiligen Abends 1914 unter der vorzüglichen Führung des Heldenvaters Rust.

Bald darauf wurde Rust als Kompanieführer abgelöst. Er wurde Bataillonsadjutant. Als er sich in der Schreibstube des Feldwebels Müller aufhielt, nahmen die Franzosen das Dorf etwas unter Feuer. Rusts Nase funktionierte wieder ausgezeichnet. Er wusste in der Nähe einen bombensicheren Unterstand, den das Wachkommando gebaut hatte. Wie ein wildgewordener Terrier stürzte er zum Schreibstubenfenster hinaus, berechnete aber dabei nicht, welch langes Laster er war. Er sprang zwar nicht mit seinem edelsten Körperteil, aber immerhin mit dem Kopf gerade gegen den Fensterhaken und verletzte sich. Man musste ihn in die nächste Verbandsstelle schaffen. Der Kompanie wurde gemeldet, dass ihr Heldenpapa einen Kopfschuss bekommen habe. Erst am Abend klärte unser Feldwebel Müller den Charakter der Verletzung auf. Wir hatten alle schon Angst gehabt, dass Rust wirklich etwas vom Feind gesehen habe."

Heldengestalten vom Format des Herrn Rust gibt es im Lager der Nazis in Hülle und Fülle. Sie sind dort ebenso zahlreich vertreten, wie jene Elemente, die landauf, landab gegen die Korruption wettern und selbst vom Scheitel bis zur Sohle so oder so korrumpiert sind. Theorie und Praxis ist für ein Nazi-Gemüt eben zweierlei. Die einen fechten wider die Korruption und lassen sich im gleichen Augenblick bestechen, wie die jüngsten Vorkommnisse in Gotha zeigen, die anderen schreien nach einem neuen Krieg und sind in Wirklichkeit die grössten Feiglinge, wie der Fall Rust lehrt. Was sich hier offenbart ist elende Heuchelei!

Blößen

ERSCHEINT NACHBEDARF

Blitzlichter aufs Hakenkreuz,

Die feindlichen Brüder.

SPD. In ein und derselben Nummer des Rostocker Anzeigers befanden sich Deutschnationale und Nationalsozialisten auf das heftigste. In dem Propaganda-
insetat der Deutschnationalen heisst es :

"Wen wähle ich, etwa die Nazis? Nein! Sie sind zwar zuverlässig nationa-
listisch, aber sie legen auch Wert darauf, revolutionärsozialistisch zu sein.

Die Nationalsozialisten revanchieren sich dafür mit folgenden Massivi-
täten :

"Lüge und Verleumdung verfangen bei uns nicht mehr! Das sind nur Zeichen
eurer Angst! Wir antworten darauf mit Hohngelächter und mit Fusstritten auf
eure Speckbäuche!"

Es fragt sich nur noch, wer die dicksten Speckbäuche hat! Herr Strasser
zum Beispiel kann sich neben jedem agrarischen Speckbauch sehen lassen!

Mit des Himmels Hilfe gegen die Humanität.

Im letzten Wahlaufdruck der Hitler-Partei heisst es: "Hitler ist unser Mann.
Er führt uns mit des Himmels und mit unserer Hilfe durch Opfer, Arbeit, Kampf
und Not zu Freiheit und Brot."

Die Hilfe des Dompfarrers von Soldin Dr. Friedrich Wienecke hat die Hitler
Partei ganz gewiss. Dieser Mann schrieb in einem Aufsatz über den Geist des
Christentums und der nationalsozialistischen Bewegung :

"Es ist eine heilige Christenpflicht, den volksschändenden Geist der Huma-
nität zu überwinden."

Menschlichkeit eine Schande, Unmenschlichkeit und Mord eine Ehre - das ist
der Glaube dieses nationalsozialistischen Dieners des Himmels!

Mord! Mord!

So fassen sie die heilige Christenpflicht im Geistes des Dompfarrers von
Soldin auf :

"Die nationalrevolutionären Kräfte werden fanatischer als vorher einen
Vernichtungskampf des Einzelnen wider den Einzelnen beginnen, von dem die Schüs-
se auf Erzberger und Rathenau nur ein leiser Vorgeschmack sind."

So steht es zu lesen in einem Aufsatz des nationalsozialistischen "Nieder-
rheinischer Beobachter" !

Hängen, Erschiessen, Schächten und Bombenwerfen.

In Ulm sprach der Nationalsozialist Gregor Strasser:

"In der Masse, wie die Bewegung wächst, konnte man stiller und höflicher
werden. Und wenn wir die Macht im Staate erreicht haben, wollen wir ganz
höflich sein - aber gehängt wird doch!"

Der nationalsozialistische badische Landtagsabgeordnete Roth erklärte in
einer Versammlung in Wollmatingen :

"Wenn die Stunde komme, gibt es nur zwei Wege. Einen guten und einen blu-
tigen. Es darf nur eine Strafe geben, das ist die Todesstrafe."

Der Nationalsozialist Kraft rief im Landtag einem Abgeordneten zu:

"Vielleicht können sie sich einmal selber entscheiden, ob sie erschossen,
gehängt oder geschächtet werden wollen."

Der nationalsozialistische Redner Kurt Maier aus Freiburg sprach am

8. September in einer Versammlung in Ihringen :

"Es ist ganz gleich, wenn eine Grösse, die heute oben sitzt, durch Bomben beseitigt wird."

Hängen, Erschiessen, Schächten und Bombenwerfen, das ist Anfang und Ende nationalsozialistischer Politik.

Ob sie lästern, ob sie zum Mord hetzen, ob sie lügen - in allen Fällen sind sie gleich verächtlich. So sehen sie aus die Helden vom 3. Reich! Fort mit ihnen, wo sie hingehören: In die Kaltwasserheilanstalt, aber nicht in den Reichstag!

Eine Erinnerung für Kommunisten.

General Heye geht und General Hammerstein, einst Gast an der Tafel der Sowjets, wird an seine Stelle treten. General Heye kam, als General Seeckt ging. Und als General Seeckt ging, da weinte die "Rote Fahne" folgendermassen über ihn :

"Wie bekannt, ringen im Reichswehrministerium schon seit längerer Zeit zwei Strömungen miteinander. Die eine weitaus mächtigere und bedeutendere kann als östlich orientiert betrachtet werden. Zu ihr war seit längerer Zeit schon der General von Seeckt zu rechnen. Sie erstrebte die Aufrüstung des neuen deutschen Heeres auf dem Wege über eine Allianz mit Russland und der im Bunde mit diesem beabsichtigten Zerschlagung Polens. Jetzt wird ihr, wenn Seeckt resigniert, wieder scharfe Gegnerschaft erwachsen."

So die "Rote Fahne" vom 6. Juni 1925. Wer wie sie damals über den Rücktritt von Seeckt trauerte, der wird, wenn auch heimlich, über den Rücktritt von Heye und das Kommen von Hammerstein jubeln!

Die Luisen.

Der Bund Königin Luise ist eine deutschnationale Frauenorganisation. Die Mitglieder des Bundes - wie könnte es anders sein bei dem Vorbild, das ihnen den Namen gegeben hat - sind der Inbegriff aller Tugenden, der Keuschheit voran! Aber das Charakterbild der Königin Luise schwankt in der Geschichte und das Urteil über den Bund Königin Luise auch.

Vor dem Amtsrichter standen sich die erste und die zweite Vorsitzende der Luisen Warnemündes gegenüber, die zweite klagte gegen die erste. Die erste Vorsitzende hat der zweiten, die Witwe ist, nachgesagt, die Klägerin küsse sich mit Ehemännern, treibe sich auf dem Flugplatz umher, sie sei dort schon bekannt, sie wechsle oft intime Herrenbekanntschaften.

Die Luisenwäsche wurde gründlich gewaschen. An Tatsachen kam nur heraus, dass die zweite Vorsitzende bei einem Bordfest sich mit einem Kapitän küsste. Zum Schluss nahm die erste Vorsitzende ihre Behauptung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

So sieht es also aus, wenn die keuschen Luisen unter sich sind. Bleibt nur noch die Frage: War es die Sittlichkeit, die den Krieg der Luisen hervorgerufen hat oder war es bei den ganz besonders keuschen, die sich ereiferten, die heimliche, rein menschliche Eifersucht?

Ende vom Lied.

Vor einem Jahr wurde in Gartz a/Oder ein grosses Stahlhelmfest gefeiert. Eine neue Fahne wurde geweiht, Treueschwüre bis zum Tode wurden ihr gewidmet. Der Sang ist verschollen, die Fahne auch. Der Führer des Stahlhelm, in dessen Besitz die Fahne war, ist inzwischen den Weg zum Hakenkreuz gegangen, sein Besitz einen anderen Weg. Die Stahlhelmfahne aber ruht auf der Pfandkammer und nun soll sie meistbietend versteigert werden.

Die Treueschwüre gebrochen, die Fahne "das Heiligste wo der Soldat kennt", auf der Pfandkammer, das Symbol teutscher Frontsoldatentreue dem Meistbietenden feil: das ist das Ende vom Stahlhelmlied.

aus aller Welt

Die letzten Tage.

Die deutsche Republik am Vorabend der Entscheidungsschlacht.

SPD. Im ganzen Reich ist der Wahlkampf in aller Heftigkeit entbrannt. Je nach Art der Temperamente der einzelnen Bevölkerungsarten der verschiedenen Länder findet der politische Wille verschiedenen Ausdruck. In dem einen Teil Deutschlands kämpft man mehr mit der Waffe des Humors, der Ironie, im anderen wieder wird mehr mit ernstesten Erwägungen argumentiert - sofern überhaupt argumentiert wird; denn man muss erstaunt sein, mit was für verleumderischen, ja geradezu niederträchtigen Mitteln auf Seiten der Gegner der äussersten Linken und Rechten gearbeitet wird. Bewusst werden überall die grössten Lügen gegen die Sozialdemokratie verbreitet. Aber dieser Schmutz trifft nicht uns, sondern spritzt nur auf die Gegner zurück.

Wenn man Versammlungen der Kommunisten und Nationalsozialisten im Reich besucht, fühlt man sich übrigens fast immer, als ob man auf einem Rummelplatz wäre. Und es lässt sich überall feststellen, dass es gar kein grosser Unterschied ist, ob am Eingang zum Rummelplatz ein Hakenkreuz oder ein Sowjetstern hängt. Ungleiche Kappen, aber gleiche Brüder. Ungleiche Transparentinschriften aber gleiche Gesinnungen. Brüder, die den Klamauk brauchen und die ohne Blutvergiessen sich nun einmal nicht recht wohlfühlen können. Es gibt Menschen, die nun einmal auf eine Gelegenheit, wo sie ihre militaristischen Instinkte abregieren können, nicht verzichten wollen. Und wenn es nicht so furchtbar tragische Folgen für die Arbeiterschaft, ja, für das ganze Volk hätte, könnte man den Herren Hitler und Thälmann für die Gastfreundschaft, die sie diesen Elementen gewähren, nur dankbar sein. Hin und wieder passiert es allerdings, dass ein Ehrlicher, der sich in blindem Fanatismus in die Reihen der Kozis oder Nazis verrannt hat, den ganzen Schwindel satt bekommt. In Eberstadt bei Darmstadt geschah es in einer sozialdemokratischen Versammlung beispielsweise, dass nach einem Referat des Sozialdemokraten David der bisherige Führer der dortigen SA, der NSDAP aufstand und erklärte, dass er diesen Schwindel der Kozis und Nazis nicht mehr länger mitmachen könne und in die einzige Arbeiterpartei, die sozialdemokratische Partei, eintrete.

Eine besonders originelle Note in dem Wahlkampf der Provinz trägt das Lautsprecher- und Lichtbilderauto der Sozialdemokratischen Partei, deren wirkungsvolle Propaganda überall berechtigtes Aufsehen hervorruft. Das Klangfilmauto der SPD erscheint in den kleinsten Orten, überall löst es Begeisterung und ernsthaftige Diskussionen aus. Das Klangfilmauto bringt auf heitere, unterhaltensame Weise Belehrung über die schweren Vergehen des Brüning-Blocks am Volkswohl. Es zeigt das Wesen des "Interessentenhaufens" und Erich Kuttner und die Zeichner Holz und Florath haben hier etwas Wertvolles und Vorbildliches geschaffen.

Es gibt Gegner, beschämend, das sagen zu müssen, die man garnicht für dumm und gewissenlos genug halten kann. Hieran erinnert eine Affäre, die dem sozialdemokratischen badischen Kultusminister Dr. Remmele widerfuhr. Natürlich haben die Kommunazis Dr. Remmele, wie sie das mit jedem unserer Politiker tun, ungeheure Reichtümer angedichtet. Schliesslich antwortet der sozialdemokratische "Volksfreund" in Karlsruhe in an sich nicht misszuverstehender Ironie, dass Remmele ausser einer Villa in der Schweiz, ein Luxusmotorboot auf dem Rhein,

einen Salonwagen und Reitpferde im Grossherzoglichen Marstall besässe. Was geschieht? Das deutschnationale Blatt in Karlsruhe nimmt die Ironie für ernst, meint, dass also Remmeles "Schlemmerleben" noch viel ärger als vermutet sei, und das deutschnationale "Zwickauer Tageblatt" greift die Geschichte gleichfalls auf und macht seine entsprechenden Glossen dazu.

Die Frage bleibt: sind unsere Gegner so dumm oder so gewissenlos oder sind sie beides, dass sie das glauben, was sie ihren Lesern in vollem Ernst hier vorsetzen?

+ + +

Tag der Flugzeugkatastrophen. Auf dem Londoner Flugplatz Croyden stiess am Donnerstag bei der Landung ein belgisches Postflugzeug gegen einen Baum, stürzte ab und verbrannte. Der Pilot und Mechaniker wurden getötet. In Norton bei Lincoln (England) stiess während einer öffentlichen Flugveranstaltung vor den Augen von Tausenden eine Maschine gegen einen Baum und geriet in Brand. Der 19 jährige Pilot kam in den Flammen um.

In der Nähe von Rastow (Mecklenburg) stürzte der deutsche Udet-Flamingo-Doppeldecker D 1202 infolge einer Motorstörung ab; das Flugzeug ging in Trümmer sein Pilot, Diplomingenieur von Ungern-Sternberg aus Braunschweig, verunglückte tödlich. In Innsbruck stürzte der österreichische Sportflieger Starhemberg, ein Bruder des Heimwehrführers Fürst Starhemberg ab. Der Flieger erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

+ + +

Brand auf der "Zähringen". Bei einem Treffer ins Achterschiff brach auf dem fernlenkbaren Zielschiff "Zähringen" der Reichsmarine Grossfeuer aus. Das Schiff musste in den Kieler Hafen eingeschleppt werden. Die Löscharbeiten gestalteten sich äusserst schwierig. Um ein Herankommen an die einzelnen Brandherde zu ermöglichen, musste das Deck teilweise mit Schneidebrennern aufgeschnitten werden.

+ + +

Zeltlagerfund im ewigen Eis. Auf der nördlich von Kanada gelegenen King Williams Insel entdeckte der kanadische Polarforscher Burwesh zwei Zeltlager der Franklin-Nordpolexpedition, die seit dem Jahre 1845 als verschollen gilt.

+ + +

Ankunft Fords. Der amerikanische Automobilfabrikant Henry Ford ist am Donnerstag an Bord der "Bremen" in Cherbourg eingetroffen. Er erklärte, mit dem Besuche Frankreichs keinerlei geschäftliche Absichten zu verbinden. In den nächsten Tagen wird Ford nach Deutschland weiterreisen.

+ + +

Platindiebstahl in der Sorbonne. Aus dem Kassenschrank des chemischen Laboratoriums der Pariser Sorbonne-Universität stahlen Diebe dreieinhalb Kilogramm Platin, sowie mehrere silberne, goldene und Platin-Geräte, die zu Experimentierzwecken dienten. Merkwürdig an dem ganzen Fall ist, dass die Verschlüsse des Kassettenschrankes unverletzt geblieben sind. Eine Spezialkommission ist mit der Aufklärung des mysteriösen Diebstahls beauftragt worden.

+ + +

250 000 Mark unterschlagen. Der Berliner Häuserverwalter Jakkobowitz hat nicht, wie anfänglich gemeldet, 40 000 Mark, sondern etwa 250 000 Mark veruntreut. Er ist flüchtig; es fehlt jede Spur von ihm.

+ + +

Zeppelin gelandet. "Graf Zeppelin" ist am Donnerstag mittag von seiner Moskaufahrt nach Friedrichshafen zurückgekehrt.

+ + +

Volksjustiz in USA. In Scooba (Mississippi) wurden zwei des Landstrassenraubs angeklagte Neger von der Menge aus dem Polizeigefängnis geholt und gehängt.

+ + +

Geangelte Falschgeldfabrik. Am Donnerstag morgen machte ein Fischer im Rhein bei Bonn die Entdeckung, dass sich seine Angel an einer Holzkiste festge-
hakt hatte. Er öffnete die Kiste und fand in ihr eine vollständige Falschmün-
zereinrichtung. Ausser den Platten und Stanzen waren mehrere gut nachgemachter
Fünfmarkstücke in der Kiste.

+ + +
Liebesdrame bei Berlin. Am Donnerstag wurden auf einer Wiese zwischen
Hermsdorf und Lübars im Norden von Berlin die Leichen des 54 Jahre alten Kor=
respondenten Otto Sperling aus Berlin und seiner 39jährigen Freundin Erna Krü=
ger gefunden. Das Paar hat sein Leben durch Freitod beendet. Erna Krüger er=
schoss zuerst ihren Liebhaber, dann sich selbst. Das Motiv der Tat ist nicht be=
kannt. Man weiss nur, dass die Beziehungen des Paares in letzter Zeit Trübungen
erfahren haben.

+ + +
Gronau kehrt heim. Der Ozeanflieger von Gronau hat an Bord des Hapag=
Dampfers "Hamburg" die Heimreise nach Deutschland angetreten.

+ + +
Zwei Friedensnobelpreise? Da der Friedensnobelpreis für 1929 nicht ver=
liehen wurde, werden wahrscheinlich in diesem Jahre zwei Friedensnobelpreise
zur Verteilung gelangen. Vorgeschlagen sind u.a. Kellogg, Bürgermeister Lind=
hagen aus Stockholm und die Amerikanerin Jane Adams.

+ + +
Piccardstart am Sonnabend. Aller Voraussicht nach wird Professor Piccard
am Sonnabend morgen um 6 Uhr zu seinem 16 000 Meter Flug in die Stratosphäre
aufsteigen.

+ + +
Kindesmord? Gegen ein Ehepaar Beyer aus Berlin=Lichterfelde wurde von der
Berliner Mordkommission eine Untersuchung wegen Vergiftung ihres zwei Wochen
alten Kindes eingeleitet. Vorläufig beschuldigen sich die Eheleute gegenseitig.

+ + +
Ausbruch des Stromboli. Der Sizilien vorgelagerte Vulkan Stromboli ist in
Tätigkeit. Der nächstwohnenden Bevölkerung bemächtigte sich panikartige Stim=
mung. Bisher wurde eine Person getötet.

+ + +
Grossmuggel in der Eifel. In der Eifel nimmt der Grossmuggel immer
grösseren Umfang an. In der Nähe von Stadtkyll wurde nach heftiger Beschies=
sung ein Kölner Schmugglerkraftwagen gestellt, der 148 000 Zigaretten, eine
grosse Menge Zigarettenpapier, Zigarillos, Schokolade und Kaffee, im ganzen
über 6000 Pfund Schmugglerware enthielt. Auch im Bezirk Hellental gelang es,
einen Kraftwagen, mit seiner ganzen Menge Zigarren zu stellen und bei Konzen
wurde ein Schmugglerwagen abgefangen, in dem 44 000 Zigaretten und ein Zentner
Kaffee versteckt waren.

+ + +
Studentenstreik in Altenburg. Die Studenten der Ingenieurschule Alten=
burg in Thüringen sind in den Hörstreik getreten, um die Rücknahme der Kündi=
gung eines beliebten Dozenten zu erzwingen. Die Kündigung des betreffenden
Dozenten war ausgesprochen worden, um die von ihm besetzte Stelle einzusparen.

+ + +
Das Lübecker Kindersterben. Zur Lübecker Calmette=Katastrophe, der bisher
72 Säuglinge zum Opfer fielen, versendet das Reichsinnenministerium ein Zwi=
schengutachten, in dem es heisst, dass aus den bisherigen Untersuchungsergeb=
nissen hervorgehe, dass die aus Paris gelieferte B.C.G.-Kultur einwandfrei be=
schaffen und nicht virulent gewesen wäre.



Landarbeiterschaft und Sozialdemokratie.

SPD. Zur Verherrlichung der Regierungsfürsorge für die Landarbeiter wird aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, dass das Kabinett Brüning trotz ungeheurer finanzieller Schwierigkeiten für das Rechnungsjahr 1930 25 Millionen Mark an Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge für den Landarbeiterwohnungsbau bereit gestellt habe. Diese Mittel würden überwiegend für Eigenheime Verwendung finden. Ferner habe die Regierung vor kurzem den Ländern die erforderlichen Reichsmittel überwiesen, um die Verbilligung der Darlehen, die zur Landbeschaffung aufgenommen werden müssten, zu ermöglichen. Es sei nun Sache der ausführenden Behörden, von den dadurch geschaffenen Möglichkeiten zur Sesshaftmachung der Landarbeiter weitgehenden Gebrauch zu machen und damit ein Werk von grosser sozialer und bevölkerungspolitischer Bedeutung zu fördern.

Was hier als eine besondere Ruhmestat des Kabinetts Brüning hingestellt wird, ist nur eine Selbstverständlichkeit. Auch im vorigen Jahr unter der Regierung Müller, ist trotz der Finanzschwierigkeiten ungefähr derselbe Betrag für den Landarbeiterwohnungsbau zur Verfügung gestellt worden. Landarbeiterwohnungsba gibt es nicht erst seit dem Bestehen des Kabinetts Brüning, sondern schon seit vielen Jahren. So hat die preussische Regierung im letzten Jahrzehnt systematisch den Bau von Landarbeiterwohnungen gefördert. Mit rund 150 Millionen Mark öffentlicher Mittel sind in Preussen - nicht zuletzt dank der Initiative des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun - 45 000 neue Landarbeiterwohnungen errichtet worden. Diese Kleinsiedlungen sind zweifellos von grosser Bedeutung. Sie sollen die Landflucht mildern, die soziale und wirtschaftliche Lage des Landarbeiters heben und die sozialpolitische Kluft zwischen Stadt und Land beseitigen. Das ganze Landarbeitersiedlungswerk geht zurück auf das Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919, das seinen Ursprung hat in der politischen Umwälzung und in der damit verbundenen verstärkten Einflussnahme der Sozialdemokratie auf die politische und wirtschaftliche Gestaltung der Dinge, Ohne den Vormarsch der politisch und gewerkschaftlich freiorганиzierten Arbeiterschaft würde der deutsche Landarbeiter noch heute unter der Sklaverei leben, in die er durch die Hardenbergsche Gesetzgebung vor hundert Jahren von neuem hineingestossen worden ist; denn diese Gesetzgebung fördert die Ausdehnung des Grossgrundbesitzes und damit die Heranbildung eines Landproletariats. Ein Jahrhundert lang musste der besitzlose Landarbeiter sich nicht nur mit Hungerlöhnen begnügen, er stand auch unter Rechtsbestimmungen längst vergangener Zeiten. Erst der Aufstieg der Sozialdemokratie nach der politischen Umwälzung beseitigte das "väterliche" Verhältnis zwischen Gutsherr und Landarbeiter, d.h. die Gesindeordnung und all die Bestimmungen, wonach der Bruch eines ländlichen Arbeitsvertrages unter Strafe gestellt, die Verabredung zum Streik verboten und die polizeiliche Zurückführung Vertragsbrüchiger gestattet war. Erst mit der Aufhebung der Gesindeordnung gewann der Landarbeiter sein Koalitionsrecht und die rechtliche Gleichstellung mit den übrigen Staatsbürgern.

Koalitionsrecht, Tarifvertragsrecht, Landarbeitsordnung, Kleinsiedlung und Wohnungsbau - das sind die wichtigsten Marksteine in dem Befreiungswerk am Landproletariat, das ohne Sozialdemokratie und ohne freie Gewerkschaften undenkbar wäre. Heute sind im ganzen Reich Tarifverträge für die Landwirtschaft abgeschlossen, Für die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande wurde vor allem die

die vorläufige Landarbeitsordnung bahnbrechend. Vorschriften über den Arbeitsvertrag, Regulierung der Arbeitszeit unter Einrechnung des Weges vom Hof und zurück, Kündigung und Entlassung, wobei politische und gewerkschaftliche Betätigung kein Grund sein sollen, Arbeiterinnenschutz (wenn auch in unzureichender Form) das alles sind von der Sozialdemokratie errungene soziale Verbesserungen für die Landarbeiterschaft.

Viel - und doch nur ein Anfang. Noch fehlt z.B. für die Landarbeiter ein umfassender gesetzlicher Arbeiterschutz öffentlich-rechtlicher Art. Noch herrscht vielfach brutale Paschawirtschaft auf dem Lande. Tatsache ist, dass heute noch in ländlichen Betrieben praktisch die Prügelstrafe besteht; auch an Frauen wird sie ausgeübt, wie vom Deutschen Landarbeiterverband an Hand von Gerichtsurteilen einwandfrei festgestellt wurde. Das frühere Züchtigungsrecht der Gesindeordnung ist also noch nicht restlos beseitigt. Noch seufzt der deutsche Landarbeiter unter einem fürchterlichen Lohnelend. Die Lohnsätze der ostpreussischen Landarbeiter, die vor einigen Wochen im Anschluss an eine Tarifbewegung die Öffentlichkeit beschäftigten, sind geradezu aufreizend. Der Lohndruck durch den polnischen Wanderarbeiter ist, trotz enorm hoher Arbeitslosigkeit unter der deutschen Landarbeiterschaft, noch immer nicht eingedämmt.

Ob das noch in den Anfängen stehende Befreiungswerk auf dem Lande unter dem Druck der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften tatkräftig fortgesetzt oder ob nach dem Willen der politischen und sozialen Reaktion wieder verschlechtert werden soll, das hängt in hohem Masse vom Ausfall der Wahlen ab, die die zukünftige Stärke der Sozialdemokratie im Reich bestimmen sollen: Landarbeiter, ihr habt nur einen Freund, und das ist die grosse deutsche Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie. Wählt am 14. September daher Sozialdemokraten, wählt Liste I!

SPD. Für die Opfer des Krieges energisch einzutreten, hat die sozialdemokratische Partei stets als ihre Ehrenpflicht betrachtet. Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehörten daher auch bisher immer hervorragende Mitglieder der grössten deutschen Kriegsopferorganisation an. Auch für den neuen Reichstag sind Führer des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen auf den Listen der sozialdemokratischen Partei zur Wahl gestellt. Auf der Reichsliste der SPD ist der Bundesvorsitzende des Reichsbundes, Christoph Pfändner, verzeichnet. In Württemberg sind der Vorsitzende des Bundesausschusses des Reichsbundes und bisherige Reichstagsabgeordnete Rossmann-Stuttgart, sowie der einarmige Dr. Schumacher aufgestellt, in Pommern das Reichsbundmitglied und bisherige M.d.R. Passehl, in Düsseldorf das Mitglied des Reichsbundes Gerlach, in Berlin der bisherige Reichstagsabgeordnete Litke, in Ostpreussen der Gauleiter des Reichsbundes, Hakelberg, und im Rheinland das Mitglied des Bundesausschusses Marie Detzel-Koblenz.

Die bürgerlichen Parteien versuchen den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen klarzumachen, dass es gerade die Sozialdemokratische Partei und der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell gewesen seien, die die scharf bekämpften Verschlechterungen im Versorgungsrecht geschaffen hätten. Die bürgerlichen Parteien müssen die Kriegsopfer für grosse Gimpel halten, wenn sie ihnen derartige Dinge erzählen. Glauben sie, dass ihre systematische Hetze gegen die Versorgung der Kriegsbeschädigten schon vergessen ist? Bis ins Lager der Demokraten hinein wurde von bürgerlichen Parteien der Steuerzahler gegen die Kriegsopfer aufgeputscht. Immer wieder wurde auf die enorm hohen Lasten der Versorgung der Kriegerhinterbliebenen und Kriegsopfer verwiesen. Auch die Nationalsozialisten machten die Hetze gegen die Kriegsopfer treu und brav mit. Es war der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dietrich-Franken, der im Reichstag im Anschluss an eine Eingabe einer Kriegsbeschädigtenorganisation durchaus berechnete Forderungen mit der Erklärung abtat, dass "er sich als Schwerbeschädigter schämen würde, solche Forderungen auf-

zustellen."

Krampfhaft bemühen sich die falschen bürgerlichen Freunde der Kriegsoffer, den jetzigen Reichsarbeitsminister Stegerwald nur als ausführendes Organ des Willens seines Vorgängers, des Sozialdemokraten Wissell hinzustellen, um ihn in Schutz zu nehmen. Hier wird dasselbe Spiel getrieben wie mit den Arbeitern in den sozialpolitischen Fragen. Der böse Wissell ist an allem schuld. Dabei steht für jeden Menschen, der sehen kann, längst klar fest, dass dieselben Herrschaften, die im Wahlkampf für ihre eigenen Sünden die Sozialdemokratie und ihren Arbeitsminister Wissell verantwortlich machen wollen, unter der Regierung Müller stets darauf drängten, dass zu Lasten der Kleinen, der breiten Masse, der Kriegskrüppel gespart werde. Da die Sozialdemokraten in der Regierung Müller nur mit 4 Mann vertreten waren, konnten die anderen kommandieren und ihre Wünsche durchdrücken. Gerade Wissell, dem man für alles und jedes zum Sündenbock machen möchte, war es, der beispielsweise in der Frage der Mittelgewährung für die Kapitalabfindung der Kriegsbeschädigten im Kabinett festblieb und deutlich zum Ausdruck brachte, dass er persönlich die vorgenommene Kürzung in der Regierungsvorlage nicht vertrete, sondern es den übrigen Mitgliedern - auf deutsch: den bürgerlichen Ministern! - überlassen müsse, diese Kürzung zu rechtfertigen, Wissell war es, der sich ernstlich bemühte, den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen mit seinem bekannten Februarerlass an die Versorgungsdienststellen zu helfen, und die bürgerlichen Kräfte waren es, die ihm stets und ständig in den Arm fielen.

Kriegsoffer, lasst euch von den bürgerlichen Parteien nicht zum Narren halten! Man wird euch eure Versorgung Stück um Stück kürzen, wenn ihr am 14. September nicht auf der Hut seid, Wählt Sozialdemokraten!

SPD. Die Krankenversicherungsreform des Kabinetts Brüning macht Schule. Jetzt werden bereits Krankenscheingebühren in Höhe von 2 Mark gefordert. So hat die Ziegelmeisterkrankenkasse Lage in Lippe ein Rundschreiben losgelassen worin mitgeteilt wird, dass der Vorstand und Aufsichtsrat beschlossen habe, "für jeden Krankenschein eine Gebühr von Mk. 2 zu erheben". "Ausserdem" - so heisst es in dem Schreiben weiter - "ist die Kasse berechtigt, falls ein Familienmitglied den Arzt gleich zur ersten Untersuchung kommen lässt, die Weggebühr für diesen ersten Besuch vom Kranken zurückzuverlangen, denn wir müssen immer wieder feststellen, dass es gerade die Familienangehörigen sind, die den Arzt einfach kommen lassen, trotzdem sie in den meisten Fällen in der Lage waren, selbst hinzugehen."

Das ist allerliebste! Dieser Beschluss der, nebenbei bemerkt, eine glatte Ungesetzlichkeit ist, zeigt, was für Geister das Kabinett Brüning mit seiner Krankenversicherungsreform gerufen hat. Wenn also in der Familie jemand krank wird, dann muss sie zunächst einmal über den Betrag von zwei Mark verfügen, und wer krank zu Hause liegt, und nicht zum Arzt gehen kann, soll den Weg des Arztes extra bezahlen. Und das alles, weil man auch hier wieder einmal den Missbrauch treffen möchte - den Missbrauch, den man mit derartigen Schikanen gegen Unschuldige niemals verhüten kann; denn Krankenkassenmitglieder, die eine Kasse neppen wollen, lassen sich durch keine Krankenscheingebühr abschrecken.

Neuerdings sucht die Regierungspresse die Krankenversicherungsreform noch als ein Geschäft für die Versicherten hinzustellen. Sie verweist auf die Herabsetzung der Beiträge bei verschiedenen Krankenkassen und betont im Anschluss daran, dass dadurch Jahressparnisse für die Versicherten in Höhe von 18 bis 36 Mark herauskämen. Die Anwälte des Kabinetts Brüning vergessen nur, dass eine einzige Krankheit, wie sie fast jeder einmal im Jahre durchzumachen hat, infolge der Senkung der Versicherungsleistungen mindestens so viel verschlingt, als die Beitragsersparnis ausmacht.

Wirtschaft Technik Ganvel

Wählt Liste 1 !

Die gegenwärtige furchtbare Massenarbeitslosigkeit und das Massenelend sind eine Folge der ungleichen Einkommenverteilung und der Planlosigkeit der Produktion des kapitalistischen Systems. Die Krisen sind die unausrottbaren, unheimlichen Begleiterscheinungen des Kapitalismus. Wer ehrlich die Ueberwindung des kapitalistischen Systems, eine gerechtere Einkommensverteilung und eine planmässige Gemeinwirtschaft anstrebt, wer den Sozialismus verwirklichen will, gehört in die Reihen der Sozialdemokratie. Wählt Liste 1 !

Die Regierung Brüning unterstützt den Raubzug des Finanzkapitals gegen die öffentlichen Betriebe. Wer gegen Ausbeutung der Massen und für öffentliche Gemeinwirtschaft ist, muss Liste 1 wählen.

Als das sozialreaktionärste Kabinett seit der Revolution bezeichnete der Zentrumsabgeordnete Schlack die Regierung Brüning-Schiele. Jetzt gilt es, diesem sozialreaktionärsten Regime die Antwort zu erteilen! Wählt Liste 1 !

Die bürgerlichen Parteien wollen Mieterschutz und staatliche Mietsbegrenzung beseitigen. Die Regierung plant einschneidende Drosselung des Wohnungsbaus. Für Ausbau des sozialen Mietsrechts, für beschleunigte Beseitigung der Wohnungsnot der Massen, gegen Mietwucher und Bodenspekulation kämpft allein die Sozialdemokratische Partei. Wählt Liste 1 !

Die Regierung Brüning hat durch Untätigkeit, Unfähigkeit und Schwäche in der Krisenbekämpfung versagt. Arbeitsbeschaffung und Preisabbau sind leere Versprechungen geblieben. Die werktätigen Massen verlangen eine energische Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine klare und zielbewusste Wirtschaftspolitik. Ihre Stimme gehört deshalb der Liste 1.

Die Regierung Brüning hat sich mit den weitestgehenden Vollmachten gegenüber den Kartellen ausstatten lassen, hat aber von ihnen keinen Gebrauch gemacht, Sie hat den Preisabbau versprochen, aber nicht durchgegriffen. Wollt ihr, dass gegen Kartellmissbrauch und Trustwillkür, gegen ungerechtfertigte, krisenverschärfende Preishochhaltung durchgegriffen wird, so wählt Liste 1 !

Die Regierung Brüning-Schiele hat durch rücksichtslose agrarische Hochschutzzölle den deutschen Export und die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zum Auslande aufs schwerste gefährdet. Wer gegen diese wirtschaftsschädliche Zoll- und Handelspolitik ist und wer wirtschaftliche Verständigung, Exportförderung und damit verstärkte Arbeitsmöglichkeiten anstrebt, muss Liste 1 wählen.

Bauer! Wer hat den Pachtschutz des Kleinbauern geschaffen und wer will ihn verbessern? Die Sozialdemokratie. Deshalb wählt Liste 1 !

Kleinbauer und Landarbeiter! Nur Ausbau der Berufsbildung ermöglicht eine Verbesserung deiner Lage. Dafür sorgt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Wählt also Liste 1 !

+ + +
Landwirt! Wer verhindert Katastrophenpreise für dein Getreide und deine Schweine? Die Sozialdemokratische Partei. Wählt Liste 1 !

+ + +
Hausfrau! Willst du teures oder billiges Brot? Die Sozialdemokratie kämpft für niedrige und stabile Brotpreise. Darum kannst du deine Stimme nur der Sozialdemokratischen Partei (Liste 1) geben.

+ + +
"Rettet das Reich" - so schallt es aus allen Wahlversammlungen der bürgerlichen Parteien. Rettet das Reich vor der sozialen Reaktion, vor verantwortungsloser Finanzpolitik, vor wirtschaftlicher Interessenpolitik, vor nationalistischer Aussenpolitik - so lautet die Antwort der Sozialdemokratie. Wählt Liste 1 ! (Sozialdemokraten)

+ + +
Millionengeschenke sind von der Bürgerblockregierung an den Grossgrundbesitz, den Bergbau, die Chemie- und Oeltrusts, die Brauereien, die Zigaretten-trusts verteilt worden. Dieses System des "Interessentenhaufens" muss verschwinden! Wählt Liste 1 ! (Sozialdemokraten)

+ + +
Die Regierung Brüning hat die Lohnabbaupläne der Unternehmer unterstützt. Sie hat durch den Oeynhausener Schiedsspruch am Lohnabbau mitgewirkt. Auf diesen sozial unerträglichen und wirtschaftlich schädlichen Abbau der Löhne und Gehälter erteilt die Antwort: Wählt Liste 1 !

Gewerkschafter, wählt Sozialdemokraten!

+ + +
Willst du billiges Futtergetreide durch Senkung der Futtergersteszölle? Dafür kämpft die Sozialdemokratische Partei. Wählt Liste 1 !

+ + +
Sollen die Steuergroschen der arbeitenden Massen für die Sanierung der bankrotten ostelbischen Junker verschleudert werden? Wer das nicht will, wählt am Sonntag die Sozialdemokratische Partei, Liste 1.

+ + +
Sollen wieder hundert Millionen für Exportverschleuderung von Roggen ausgegeben, während die Arbeitslosenversicherung gekürzt wird? Das verhindert die Sozialdemokratische Partei. Darum wählt Liste 1 !

+ + +
Wollt ihr, dass die zollfreie Gefrierfleißeinfuhr für die Aermsten und Arbeitslosen dauernd verboten bleibt? Nein! Dann wählt die Sozialdemokratische Partei, Liste 1.

+ + +
Landwirte! Wer hat euch in den Raiffeisensumpf geführt? Die Deutschenationalen! Wer hat die Genossenschaften saniert? Das "rote" Preussen unter Führung des Sozialdemokraten Braun. Wählt Liste 1 (Sozialdemokraten).

+ + +
Die Regierung Brüning plant eine weitere Knebelung der Kommunen durch Verschärfung der Anleiheblockade. Wir brauchen dringend Erleichterung der Kapitaleinfuhr als Voraussetzung für geordnete Gemeindefinanzen und öffentliche Arbeiten zur Milderung der Arbeitslosigkeit. Wählt daher Liste 1 (Sozialdemokraten).

SPD. Die von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin mitgeteilten amtlichen Kartoffelpreise enthalten zum ersten Mal auch die Preise für Fabrikkartoffeln. Es heisst in der Notiz: "Fabrikkartoffeln 9 Pfennige je Stärkeprozent auf Grund der Stützungsmaßnahmen für Kartoffelflocken." Die Stützungsmaßnahmen, die auf den Reichsernährungsminister Schiele zurückgehen, sind bekannt. Er hat vor kurzem die Kartoffelflockenzentrale und die Pommersche Hauptgenossenschaft angewiesen, Fabrikkartoffeln zu 9 Pfennigen je Stärkeprozent anzukaufen. Dem trägt die Notierung der Landwirtschaftskammer für Brandenburg und Berlin jetzt Rechnung.

Der Preis für Fabrikkartoffeln bewegt sich am freien Markt je Stärkeprozent um etwa 5 bis 6 Pfennige. Herr Schiele hat also den Preis um rund 33 % erhöht. Die Notierung von 9 Pfennigen je Stärkeprozent entspricht einem Kartoffelpreis von 1,80 Mark je Zentner. Das ist der in schlechten Kartoffeljahren übliche Preis. Die Sozialdemokratie hat aus verschiedenen Gründen, besonders im Hinblick auf die Verbraucher, Interesse daran, dass Preise von 60 Pfennigen pro Zentner, wie sie im vorigen Jahr gezahlt wurden, nicht vorkommen. Ob der Preis von 1,80 Mark der Ernte entspricht, muss sich jedoch erst zeigen. Anscheinend wird die Kartoffelernte recht gut ausfallen. Der Stützungspreis von 9 Pfennigen je Stärkeprozent wird die Kartoffeln den Kartoffelflockenfabriken zutreiben. Diese werden aber das Angebot nicht aufnehmen können. Es gibt dann nur zwei Lösungen: entweder bricht die Schielesche Stützungsaktion zusammen oder das Reich wird weitere Gelder für eine Massnahme zur Verfügung stellen müssen, die die Serie von unerwünschten Stützungsaktionen um eine weitere vermehrt.

Mit der Erhöhung des Fabrikkartoffelpreises ist das Gerücht aufgetaucht, Schiele wolle auch die Branntweinpreise, die das Branntweinmonopol den Grossagrariern für den aus Kartoffeln hergestellten Sprit zahlt, erhöhen. Man spricht hier von einer Erhöhung bis auf 85 bis 90 Mark. Gegenwärtig wird ein Preis von 62 Mark pro Hektoliter gezahlt. Dieser Preis ist an sich schon überhöht. Er entspricht einem Kartoffelpreis je Stärkeprozent von 11 bis 13 Pfennigen. Eine Erhöhung der Spritübernahmepreise würde eine weitere Subvention an die Grossagrariern bedeuten. Sie ist unserer ganzen Spritwirtschaft so unerwünscht, wie sie dem Reichsernährungsminister und den Grossagrariern erwünscht sein dürfte.

SPD. Die Nationale Automobil-Gesellschaft (NAG) Berlin-Oberschöneweide, die auch Betriebe in Chemnitz und Leipzig unterhält, kündigt mit der Vorlegung ihres Abschlusses für 1929 eine scharfe Sanierung an. Bei einem Umsatz von 40 Millionen ist ein neuer Verlust von 2,9 Millionen entstanden. Durch hohe Sonderabschreibungen auf Warenbestände (5,4 Millionen Mark) ist der Verlust im letzten Jahr auf insgesamt 8,3 Millionen Mark gestiegen. Einschliesslich der Verluste von 1928 beziffert sich der Gesamtverlust der NAG für 1929 auf 14 Millionen Mark. Die Gesellschaft hat also fast ihr gesamtes Kapital von 17 Millionen Mark verloren.

Zur finanziellen Sanierung des Unternehmens hat der Aufsichtsrat beschlossen, der Generalversammlung die Zusammenlegung des Kapitals im Verhältnis von 10 zu 1 von 17 auf 1,7 Millionen vorzuschlagen. Zur Beschaffung neuer Mittel soll das zusammengelegte Kapital sodann auf 6 Millionen Mark heraufgesetzt werden. Es ergibt sich bei der Sanierungsaktion ein Buchgewinn von 15,3 Millionen Mark, der zur Deckung des Verlustes und zu Zurückstellungen verwendet werden soll. Der AEG-Konzern als Grossaktionär bei der Nationalen Automobil-Gesellschaft wird von den Jungaktien 3,3 Millionen übernehmen. Um den übrigen Aktionären ein Pflaster auf die Wunde zu drücken, wird die AEG nach der Annahme der Vorschläge der Verwaltung den Aktionären einen Umtausch der zusammengelegten NAG-Aktien des AEG-Konzerns im Verhältnis 1 zu 1 vor-

schlagen.

Wie gespannt die Verhältnisse bei dem Unternehmen waren, geht aus der Bilanz für 1929 hervor. Die Vorräte waren auf über 16 Millionen angeschwollen und blieben auch nach der hohen Sonderabschreibung mit 11,4 Millionen noch ausserordentlich hoch. Die kurzfristigen Schulden belaufen sich gleichfalls auf über 16 Millionen Mark, worunter sich allein 11,5 Millionen Mark Bankschulden befinden. Auch nach der Sanierung, wo die Bankschulden mit 8 Millionen ausgewiesen werden, ist der Stand der Bankschulden noch ausserordentlich hoch; denn er übertrifft das Aktienkapital von 6 Millionen Mark bei weitem.

Die Belegschaft beläuft sich in den drei Werken des Unternehmens, in Oberschöneweide, Leipzig und Chemnitz, zur Zeit auf etwa 3000 Mann gegenüber 4000 im Herbst vorigen Jahres. Die Verwaltung hofft, dass sie in den nächsten Monaten den jetzigen Belegschaftsstand aufrecht erhalten kann. Allerdings werden besonders im Werk Oberschöneweide, neue Rationalisierungsmassnahmen angekündigt, von denen aber weniger der Betrieb als die Verwaltung betroffen werden dürften.

Diese ausserordentlich scharfe Sanierungsaktion bei der NAG beweist, dass von einer Gesundung in der deutschen Automobilindustrie noch nicht die Rede sein kann und dass sich durch die verschärften Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt und durch den Generalangriff der Amerikaner die Lage eher noch verschärft hat. Bei der NAG kommt hinzu, dass die vor zwei Jahren durchgeführte Fusion mit den Chemnitzer Presto=Werken ein völliger Fehlschlag gewesen ist.

SPD. Die italienische Regierung hat Aufträge zum Ausbau des italienischer Fernsprechkabelnetzes in Höhe von 40 Millionen Dollar herausgegeben. Der Aufbau des italienischen Kabelnetzes begann im Jahre 1924 mit dem Netz von Mailand-Turin-Genoa. Jetzt folgt die Verlegung eines süditalienischen Kabels von Neapel nach Sizilien. Die Kabelaufträge fallen an italienische Unternehmungen, hinter denen Deutsche und Amerikaner (International Standard Electric Corporation) stehen. Die deutsche Industrie ist mit dem Internationalen Standard-Elektrizitätskonzern an der Lieferung von Zubehör (an Pupinspulen, Verstärker und Verstärkerämter) beteiligt. Zu dem Millionenprojekt teilt der Siemenskonzern u. a. folgendes mit: Das Kabel läuft von Neapel, Auletta nach Bari mit einer Abzweigung von Auletta über Messina nach Palermo. Die Lieferung der für die Anlage erforderlichen Kabel erfolgt durch die italienischen Kabelfabriken. Den Auftrag auf die Ausführung der Gesamtanlage wird die Societa Italiana Reti Telefoniche Interurbane Mailand erhalten, der ausser den italienischen Kabelfabriken auch die Siemens & Halske A.G. und die International Standard Electric Corp. als Gesellschafter angehören. Die Ausführung des gesamten Projektes erfolgt nach den Patenten und unter Auswertung der neuesten technischen Erfahrungen des Siemenskonzerns und der International Standard Electric Corp.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Kartoffelerzeugerpreise, Berlin, je Zentner waggonfrei ab märkischen Stationen: Weisse Kartoffeln 1,60 bis 1,90, Odenwälder Blaue 1,70 bis 2 Mark, andere gelbfleischige Kartoffeln 2,50 bis 2,80.- Fabrikkartoffeln 9 Pfennige je Stärkeprozent auf Grund der Stützungsmaßnahmen für Kartoffelflocken. In Berlin sehr geringe Nachfrage.

Niedrigere Kurse im freien Handel.

(Berliner Getreidesebörse vom 11. September.)

SPD. Die Situation an der Berliner Produktenbörse blieb auch am Donnerstag unverändert. Es lag weiter umfangsreiches Angebot an Weizen und Roggen aus allen Teilen des Reiches vor. Die Stützungskäufe wurden fortgesetzt; im Zeithandel mussten sehr bedeutende Mengen, namentlich an Roggen, aufgenommen werden. So gelang es wieder, sämtliche Kurse zu halten. Auch prompte Ware wurde zu unveränderten Kursen gestützt. Jedoch fanden auch nennenswerte Umsätze zu niedrigeren Preisen im freien Handel statt. Das Mehlgeschäft stagnierte weiter. Hafer hatte stetige Tendenz bei sich verknappendem Angebot.

| | <u>10. September</u> | <u>11. September</u> |
|------------------------------|--------------------------------|----------------------|
| | (ab märkische Station in Mark) | |
| Weizen | 246 - 251 | 246 - 251 |
| Roggen | 187 | 187 |
| Braugerste | 204 - 222 | 204 - 222 |
| Futter- und Industriergerste | 183 - 196 | 183 - 196 |
| Hafer | 176 - 189 | 176 - 189 |
| Weizenmehl | 28,50 - 36,50 | 28,50 - 36,50 |
| Roggenmehl | 25,25 - 27,75 | 25,10 - 27,75 |
| Weizenkleie | 9,00 - 9,25 | 9,00 - 9,25 |
| Roggenkleie | 8,25 - 8,50 | 8,25 - 8,50 |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 260 (Vortag 260) Oktober 262 (262), Dezember 271 (271), März 282½ (282½), Roggen September 193 (193), Oktober 194 (194), Dezember 204 (204), März 215 (215). Hafer Oktober 172 (171½), Dezember 180 und Brief (180), März - (191½).

Amtliche Eiernotierungen.

(11. September)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Gorsshandel: Deutsche Eier: Trink-eier (vollfrische, gestempelte), Sonderklasse über 65 Gramm 13½, Klasse A 60 Gr 13, Kl.B. 53 gr 12½, Kl.C. 48 gr 11, frische Eier Kl. A 60 gr.12, Kl.B. 53 gr. 11, aussortierte kleine und Schmutzeier 8. Auslandseier: Dänen 18er 13½ 17er 12½, 15½-16er 12½, Schweden 18er 13½, 15½-16er 12½, Holländer Durchschnittsgewicht 60-62 gr. 13-13½, Bulgaren normale, 11, Rumänen normale 10½, Jugoslawen normale 10½-10¼, Polen normale 9¼-9¼, kleine, Mittel- und Schmutzeier 7½-8½. Witterung: schön, Tendenz: fest.

Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für die Zeit vom 12. bis 18. September: für A-Milch 18 Pfennige, für B-Milch 11 Pfennige, für C-Milch 13 Pfennige. Die A-Milchmenge ist auf 100% des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstelle festgesetzt. Zur Zeit beträgt der Zuschlag für a) tiefgekühlte Milch 0,50 Pfennige je Liter, b) molkereimässig bearbeitete Milch 1,75 Pfennige je Liter.

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

29.Tag. V. Klasse. Vormittagsziehung vom 11. September:

| | | | | | | | |
|-------------------|------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| 2 Gewinne zu je | 25 000 Mk. | 196880 | | | | | |
| 2 Gewinne zu je | 5 000 Mk. | 42928 | | | | | |
| 4 Gewinne zu je | 3 000 Mk. | 13678 | 284590 | | | | |
| 12 Gewinne zu je | 2 000 Mk. | 39114 | 189941 | 220678 | 268124 | 295466 | 361599 |
| 24 Gewinne zu je | 1 000 Mk. | 1173 | 5237 | 71416 | 93166 | 170374 | 180366 |
| | | 216210 | 313607 | 329631 | 344597 | 363106 | 378732 |
| 74 Gewinne zu je | 500 Mk. | 10873 | 18112 | 21146 | 22835 | 41119 | 48536 |
| | | 63895 | 68491 | 91621 | 95460 | 106145 | 110501 |
| | | 114514 | 157528 | 163265 | 174741 | 179957 | 187520 |
| | | 196089 | 214872 | 228508 | 235973 | 238011 | 238138 |
| | | 271775 | 278008 | 282589 | 302851 | 303579 | 319866 |
| | | 348765 | 353906 | 372666 | 383165 | 385366 | 386689 |
| | | 393907 | | | | | |
| 196 Gewinne zu je | 300 Mk. | 8895 | 9917 | 13786 | 16505 | 21208 | 26872 |
| | | 29919 | 30964 | 31137 | 37082 | 39806 | 40910 |
| | | 41037 | 41408 | 53178 | 56232 | 56802 | 57377 |
| | | 58309 | 64423 | 74035 | 80029 | 84516 | 88605 |
| | | 88978 | 97481 | 100631 | 100997 | 103656 | 114259 |
| | | 115890 | 116819 | 117324 | 117844 | 122523 | 124734 |
| | | 134950 | 140603 | 144602 | 148483 | 162499 | 162868 |
| | | 165233 | 178319 | 179254 | 180709 | 186177 | 194470 |
| | | 195318 | 198195 | 201595 | 205179 | 222008 | 222610 |
| | | 242565 | 243027 | 248898 | 249718 | 251935 | 263112 |
| | | 268426 | 268922 | 271379 | 273599 | 275547 | 286758 |
| | | 287014 | 290450 | 298201 | 316301 | 319021 | 324548 |
| | | 328833 | 329531 | 329863 | 330099 | 335498 | 338205 |
| | | 345921 | 347739 | 347801 | 351795 | 352467 | 353289 |
| | | 355956 | 356822 | 357976 | 360603 | 363112 | 363385 |
| | | 366300 | 367369 | 372104 | 381241 | 381759 | 388565 |
| | | 392811 | 393255 | | | | |

Im Gewinnrade verblieben:

| | | | |
|------------------|-------------|-------------------|------------|
| 2 Prämien zu je | 500 000 Mk. | 2 Gewinne zu je | 10 000 Mk. |
| 2 Gewinne zu je | 5 000 Mk. | 6 Gewinne zu je | 3 000 Mk. |
| 22 Gewinne zu je | 2 000 Mk. | 16 Gewinne zu je | 1 000 Mk. |
| 66 Gewinne zu je | 500 Mk. | 144 Gewinne zu je | 300 Mk. |

SPD.